



Mag. Christian Neuwirth
Sprecher des Rechnungshofes
1030 Wien, Dampfschiffstraße 2
Tel.: +43 (1) 711 71 – 8435

Bluesky: @rhsprecher.bsky.social
Facebook/RechnungshofAT
neuwirth@rechnungshof.gv.at

Lehre für Mädchen sowie für Jugendliche mit Migrationshintergrund attraktiver machen

Absolventinnen und Absolventen einer Lehre treten schneller in den Arbeitsmarkt ein und starten mit einem höheren Median-Einkommen als Absolventinnen und Absolventen anderer Schularten (ohne weiterführende Ausbildung). Ihre Arbeitslosenquote lag zwischen 2014 und 2024 kontinuierlich unter der Gesamt-Arbeitslosenquote. Das stellt der Rechnungshof in seinem heute veröffentlichten Bericht „Berufsschulwesen“ fest. Von 357 verschiedenen Lehrberufen – unter Berücksichtigung sämtlicher Module und Schwerpunkte –, die an Österreichs Berufsschulen angeboten wurden, erlernt knapp ein Drittel der Berufsschülerinnen und -schüler einen der zehn am häufigsten gewählten Lehrberufe. Das ist bei Frauen zum Beispiel Bürokauffrau, bei Männern Elektro- und Gebäudetechnik. Der Frauenanteil sowie der Anteil an Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist in der Lehrlingsausbildung niedrig. Außerdem: Das System der Lehrlingsausbildung ist komplex, denn es ist in einen betrieblichen und einen schulischen Teil geteilt und daher wirkt eine Vielzahl an Akteuren daran mit: zwei Ministerien, neun Bildungsdirektionen sowie die Sozialpartner auf mehreren Ebenen. Der überprüfte Zeitraum umfasste im Wesentlichen die Schuljahre 2020/21 bis 2023/24. Die Prüfung geht auch auf das Bürgerbeteiligungsverfahren des Rechnungshofes zurück.

Vielzahl von Akteuren macht System der Lehrlingsausbildung komplex

Lehrlinge müssen in Österreich während der Zeit ihres Lehrverhältnisses – es dauert meist drei Jahre – die Berufsschule besuchen. Berufsschulen sind Pflichtschulen und vermitteln theoretische und ergänzende berufspraktische Kenntnisse sowie Allgemeinbildung. Das System der Lehrlingsausbildung teilt sich in einen betrieblichen und einen schulischen Teil (duale Ausbildung) und macht es dadurch komplex, weil eine Vielzahl an Akteuren mitwirkt. Auf Bundesebene fällt der betriebliche Teil in die Zuständigkeit des Wirtschaftsministeriums, der schulische Teil in jene des Bildungsministeriums. Die Bildungsdirektionen übernehmen unter anderem die Qualitätssicherung im Zuge der Schulaufsicht, die Länder sind Schulerhalter. Zu guter

Letzt sind auch die Sozialpartner – Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer – auf mehreren Ebenen eingebunden. Vor diesem Hintergrund ist es laut Rechnungshof notwendig, Kompetenzbündelungen und Verwaltungsvereinfachungen auszuloten. Beispielsweise könnte die Schulerhalterschaft für Berufsschulen von den Ländern an die Bildungsdirektionen übertragen werden.

Im Prozess der Lehrberufs- beziehungsweise Lehrplanentwicklung sollte zudem eine koordiniertere Abstimmung mit den Sozialpartnern sowie zwischen Wirtschafts- und Bildungsministerium angestrebt werden, empfiehlt der Rechnungshof. In Österreich gab es im Schuljahr 2023/24 136 Berufsschulstandorte. Die vom Rechnungshof überprüften Länder Niederösterreich und Oberösterreich haben 21 beziehungsweise 22 Berufsschulen.

Mehr Frauen in die Lehre bringen

Im Schuljahr 2023/24 besuchten in Österreich insgesamt 116.762 Personen eine Berufsschule. Nur knapp ein Drittel davon war weiblich. Außerdem gab es im überprüften Zeitraum deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Wahl der Lehrberufe. Während Schülerinnen überwiegend kaufmännische Berufe wie Bürokauffrau, Einzelhandel und Friseurin wählten, dominierten bei den Schülern technische Lehrberufe wie Elektro- und Gebäudetechnik, Metalltechnik sowie Kraftfahrzeugtechnik. Der Rechnungshof empfiehlt, Maßnahmen zur Förderung der geschlechtsneutralen Berufswahl beziehungsweise zur Attraktivierung der Lehre für Frauen voranzutreiben – etwa durch gezielte Informationen im Rahmen der Berufs- und Bildungsorientierung, Gender-Workshops und Etablierung von Role Models.

Jugendliche mit Migrationshintergrund in Berufsschulen unterrepräsentiert

Im Vergleich mit anderen Schularten sind Jugendliche mit Migrationshintergrund besonders in Berufsschulen unterrepräsentiert. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit nicht-deutscher Umgangssprache war im Schuljahr 2023/24 mit elf Prozent geringer als in allen anderen Schularten. Ebenso lag der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft an den Berufsschulen unter dem Durchschnitt aller Schularten. Gründe waren unter anderem geringe Deutschkenntnisse und Informationsdefizite der Jugendlichen.

Jugendliche mit Migrationshintergrund schieden zudem generell früher aus dem Schulsystem aus. Bereits in seinem Bericht „Bestandsaufnahme Fachkräftemangel“ aus dem Jahr 2024 hatte der Rechnungshof festgestellt, dass das Arbeitskräftepotenzial von ausländischen Staatsangehörigen, die in Österreich leben, teilweise

nicht ausgeschöpft war. Das zeigte sich auch bei der Lehrlingsausbildung. Er empfiehlt, Maßnahmen zu setzen, um die Beteiligung zu erhöhen.

Zukunftsorientierte Strategie für Lehrlingsausbildung sollte erarbeitet werden

Im Schuljahr 2023/24 entfielen rund 30 Prozent der Berufsschülerinnen und -schüler auf nur zehn Lehrberufe. Dem standen zahlreiche Lehrberufe mit sehr niedrigen Schülerzahlen gegenüber. Etwa ein Viertel der Lehrberufe hatte im Schuljahr 2023/24 höchstens zehn Berufsschülerinnen und -schüler. In 21 Lehrberufen wurde jeweils nur eine Person unterrichtet. Der Unterricht für Lehrberufe mit wenigen Schülerinnen und Schülern konnte einen organisatorischen und ressourcenmäßigen Mehrbedarf verursachen. Der Rechnungshof empfiehlt, verstärkt länderübergreifenden Berufsschulunterricht an möglichst wenigen Standorten anzubieten. Er empfiehlt zudem dem Wirtschaftsministerium, eine zukunftsorientierte Strategie für die Lehrlingsausbildung zu erarbeiten, die mittelfristige Trends in der Arbeitswelt (zum Beispiel Digitalisierung, Nachhaltigkeit) und Rahmenbedingungen der Ausbildung berücksichtigt. Diese Strategie sollte klare Vorgaben für die Beibehaltung, Bündelung oder Weiterentwicklung von Lehrberufen enthalten. Die Zahl der Lehrberufe mit wenigen Schülerinnen und Schülern – insbesondere das breite Angebot an Schwerpunkten und Modulen – sollte reduziert werden.

Teil dieser Strategie sollte auch ein Prozess sein, in dem Lehrberufe aufgelassen werden, in denen zehn Jahre lang keine Lehrlinge ausgebildet beziehungsweise keine Lehrabschlussprüfungen durchgeführt wurden. Beispielsweise ließ das Wirtschaftsministerium seit 2015 fünf Lehrberufe ohne Lehrlinge auf. Teilweise war dort bis zu 15 Jahre lang kein Lehrling ausgebildet worden.

Günstige Chancen am Arbeitsmarkt mit Lehre

Ein Lehrabschluss geht mit günstigen Einstiegschancen am Arbeitsmarkt einher: Absolventinnen und Absolventen einer Lehre traten schneller in den Arbeitsmarkt ein als Absolventinnen und Absolventen anderer Schularten, die keine weiterführende Ausbildung machten. Rund 87 Prozent der Lehrabsolventinnen und -absolventen hatten innerhalb eines Jahres einen Job. Die Arbeitslosenquote von Personen mit Lehrabschluss lag zwischen 2014 und 2024 kontinuierlich unter der Gesamt-Arbeitslosenquote. Ihr Median-Einstiegseinkommen war 2024 über jenem der Absolventinnen und Absolventen der anderen Schularten. 18 Monate nach dem Abschluss betrug das mittlere monatliche Bruttoeinkommen von Personen, die ihre Ausbildung im Schuljahr 2020/21 abgeschlossen hatten, rund 2.700 Euro.